



BERLINER RUNDSCHAU

Monatszeitung für Berlin

28. Jahrgang

4. Ausgabe

April 2002



*Siegfried Helias
Direktkandidat für
Charlottenburg-
Wilmersdorf*

Seite 2



*Herlitz:
Versagen des
rot-roten
Senats*

Seite 3



*Botanischer
Garten:
In einem Tag
um die Welt*

Seite 4

CDU FORDERT SOFORTPROGRAMM FÜR ARBEIT

Stillstand unter Wowereit

Die Erwerbslosigkeit in Berlin bleibt trotz bundesweiter Frühjahrsbelebung auf Rekordhöhe. Nach der Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen für Berlin und Deutschland

sieht die Berliner CDU deshalb dringenden Handlungsbedarf und wirft dem seit fast einem Jahr amtierenden Senatschef Wowereit Untätigkeit vor. Dazu der Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Frank Steffel: „Die weiterhin hohe Zahl von Arbeitslosen in Berlin gibt uns Berlinerinnen und Berlinern Anlass zur größten Sorge. Mit über 290.000 hat die Erwerbslosigkeit trotz der sonst üblichen Frühjahrsentspannung dramatische Ausmaße angenommen. Und eine kurzfristige Verbesserung ist angesichts der hohen Anzahl von Firmenpleiten in Berlin nicht zu erwarten. Damit ist die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Regierenden Bürgermeisters Wowereit und der rot-grünen Bundesregierung kläglich gescheitert.“

Insbesondere der rot-dunkelrote Senat bleibt jede Antwort nach einer Lösung der Misere auf dem Arbeitsmarkt schuldig. Konzeptlos und ohne Ideen steuert er von einer Firmenpleite zur nächsten.“ Bezeichnend für die katastrophale Situation seien der Rückgang der freien

Fraktion fordert den rot-dunkelroten Senat wegen der dramatischen Situation deshalb auf, unverzüglich ein Sofortprogramm zur Belebung des Arbeitsmarktes aufzustellen, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und um mehr Investoren nach Berlin zu holen. Dazu hat die CDU-Fraktion in den vergangenen Wochen bereits Lösungskonzepte vorgeschlagen:

- die Einführung eines Mittelstandsgesetzes zur Entlastung von kleinen und mittleren Betrieben.
- eine Entflechtung von überflüssigen Gesetzen und Vorschriften zur Vereinfachung von Existenzgründungen.
- die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten werktags von 6 bis 22 Uhr.

Abschließend sagte Steffel: „Damit wird die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Berlin erhöht für mehr Arbeitsplätze und mehr Investitionen. Nach fast einem Jahr im Amt sind endlich Taten gefordert. Wir brauchen ein Berliner Wirtschaftswunder, Herr Wowereit!“



Stellen im Februar um ein Drittel gegenüber dem Vorjahr, die weiterhin hohe Zahl der Jugendarbeitslosigkeit mit fast 36.000 und die unverändert hohe Erwerbslosenquote in Berlin mit 17 Prozent. Die CDU-

Wirtschaftsstandortes Berlin erhöht für mehr Arbeitsplätze und mehr Investitionen. Nach fast einem Jahr im Amt sind endlich Taten gefordert. Wir brauchen ein Berliner Wirtschaftswunder, Herr Wowereit!“

FRANK STEFFEL:

Schwarzer Tag für den Bundesrat

Nach der Abstimmung zum Zuwanderungsgesetz im Bundesrat beklagte der Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, Frank Steffel: „Bundesratspräsident Wowereit hat sein Amt bei der Abstimmung zum Zuwanderungsgesetz missbraucht und seine Neutralität, zu der er als zweithöchster Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland verpflichtet ist, sträflich verletzt.“

Der CDU-Politiker monierte: „Anstatt das gesplittete Brandenburger Votum als ungültig festzustellen, hat er nur die Stimme von Ministerpräsident Stolpe als Ja für das Land Brandenburg gewertet und damit laut Artikel 51 des Grundgesetzes verfassungswidrig gehandelt. Wowereits Verhalten war weder sachpolitisch begründet noch hat er den Rat der Verfassungsrichter befolgt. Stattdessen hat er offenkundig parteipolitisch gehandelt und damit dem Bundesrat einen schwarzen Tag beschert.“

Die Zustimmung zum Integrationsgesetz durch die rot-rote Berliner Landesregierung verschärft die Lage am Berliner Arbeitsmarkt und erschwert die wünschenswerte Integration der hier lebenden Ausländer“, erläuterte Steffel abschließend.

GÜNTER NOOKE:

Rot-Grün/PDS verhindern Privat-Uni

Die Bundesregierung und der rot-rote Senat von Berlin wollen offenkundig die Ansiedlung der geplanten Wirtschaftsuniversität verhindern, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Günter Nooke. Es sei ein Skandal, wie Rot-Gün und PDS mit dem Projekt umgehen. Im Herzen Berlins wollen große Wirtschaftsunternehmen eine hochkarätige, privat finanzierte Eliteschule einrichten. Anstatt den Bewerbern schnellstens den roten Teppich auszurollen, zerreden Bundesministerien und Senatsverwaltungen das Projekt. Und das angesichts der Konkurrenz anderer Standorte in Deutschland, die jederzeit den Wünschen der Initiatoren entsprechen würden. Schon im Spätherbst könnte die „European School for Management & Technology“ gestartet werden. Aber der Berliner PDS-Kultursenator Flierl will aus dem ehemaligen Staatsratsgebäude lieber einen Ort für politische Bildung machen – wahrscheinlich eine Art Zentrum für Marxismus-Leninismus. Als ob die deutsche Hauptstadt keine anderen Sorgen hat!

ZUWANDERUNGSGESETZ

SPD-Täuschungsmanöver

Rechtsbruch. Rechtsbeugung. Vertragsbruch. Ein Gesetz zu Lasten Deutschlands. Was tut die SPD nicht alles, um von ihrem Versagen – besonders in der Wirtschaftspolitik abzulenken.

Vor Ostern haben führende Sozialdemokraten das Zuwanderungsgesetz durch den Bundesrat gepeitscht. SPD-Kanzler Schröder hat mit dem Missbrauch des Bundesrates für Parteiinteressen eine Verfassungskrise billigend in Kauf genommen. SPD-Innenminister Schily – eigentlich dem Schutz der Verfassung verpflichtet – setzt sich ohne Skrupel über das Föderalismus-Prinzip hinweg. Klaus Wowereit als Bundesratspräsident wechselt innerhalb von wenigen Tagen seine Meinung und erkennt ein Ja Brandenburgs an, obwohl laut der Mehrheit der Rechtsgelehrten das Abstimmungsergebnis als Enthaltung zu werten ist. Und zuletzt kann SPD-Ministerpräsident Manfred Stolpe den Erpressungsversuchen des Kanzlers nicht mehr standhalten und bricht seinen Koalitionsvertrag mit der CDU. Bleibt ein Bundesratspräsident, ebenfalls der SPD zugehörig, der nunmehr diesen Verfassungsbruch noch aufhalten kann. Man darf gespannt sein, ob er die Größe parteipoli-

tischer Neutralität finden und seine Unterschrift unter das Gesetz verweigern wird. De facto wird es mit diesem Gesetz statt weniger mehr



Edmund Stoiber beklagte im Bundesrat die Kaltschnäuzigkeit der SPD.

Foto: Ullstein

Zuwanderung geben. Und diese insbesondere in den Arbeitsmarkt, da auf den Nachweis eines konkreten Arbeitsplatzes im Gesetz verzichtet wurde. Nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung wird ein Zuwanderungsgrund sein und Tore öffnen. Eine wachsweiße Härtefallregelung für eine Aufenthaltserlaubnis gibt neue Anreize für die Zuwanderung. Die für den Nachzug von Kindern erforderliche Kenntnis der deutschen Sprache wurde dahingehend aufgeweicht, dass statt des „Beherrschens“ nunmehr die bloße Verständigungsfähigkeit ausreichen soll. All dies weiß auch Innenminister Schily. Angesichts zwei bis drei Jahre alter Interviews mit ihm möchte man meinen, die Arbeitslosenquote wäre dramatisch gesunken. Damals vertrat er die Überzeugung, eine potentielle Zuwanderungsquote müsste bei Null liegen, denn „die Grenze der Belastbarkeit Deutschlands durch Zuwanderung ist überschritten“.

Die Liste der Ungereimtheiten ließe sich lange fortsetzen. Fest steht jedenfalls, die SPD hat mit diesem Gesetz die politische Kultur beschädigt, einen Diener vor den Wünschen der Grünen vollzogen und der PDS Tür und Tor in Brandenburg geöffnet.